

CO<sub>2</sub>-Abgabe im Nationalrat

### Die CO<sub>2</sub>-Abgabe stützt den Werkplatz Schweiz

Von Ion Karagounis\*

In der Frühjahressession hat sich der Nationalrat knapp gegen die Einführung eines Klimarappens auf Brennstoffe und grundsätzlich für eine CO<sub>2</sub>-Abgabe entschieden. Damit hat er das komplette Scheitern der Schweizer Klimapolitik gerade noch verhindert. Am nächsten Dienstag (nächste Woche /morgen/am 20. Juni) steht die Abgabe erneut zur Debatte. Die nationalrätliche Umweltkommission schlägt vor, sie erstmals im Jahr 2008 zu erheben und bis 2010 schrittweise auf den maximalen Satz von 36 Franken pro Tonne CO<sub>2</sub> zu erhöhen. Die Abgabe würde nur dann fällig, wenn die gesetzlich festgelegten Ziele zur CO<sub>2</sub>-Reduktion nicht erreicht werden.

Die Abgabe wird auch diesmal (morgen /am nächsten Dienstag) stark umstritten sein, obwohl bereits heute klar ist, dass die Schweiz die Ziele des CO<sub>2</sub>-Gesetzes und des Kiotoprotokolls ohne Abgabe nicht erreichen kann. Die Gegner und ihre Gründe sind dieselben geblieben. Die Abgabe schade der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Schweiz dürfe deshalb nicht vorpreschen, lautet eines ihrer Lieblingsargumente.

Doch stünde die Schweiz tatsächlich alleine da mit einer Abgabe auf CO<sub>2</sub>? Nein, im Gegenteil: In vielen Ländern Europas gibt es bereits Energie- und CO<sub>2</sub>-Abgaben. So erheben Dänemark, Finnland, die Niederlande, Norwegen und Schweden bereits seit über zehn Jahren eine CO<sub>2</sub>-Abgabe. Hinzugekommen sind in den letzten Jahren Deutschland, Grossbritannien, Irland und Italien. Selbst die neuen EU-Länder Estland, Slowenien und Tschechien haben bereits Abgaben eingeführt oder werden dies im kommenden Jahr tun.

Einen weiteren Schub dürfte die Energiesteuerrichtlinie der EU bringen. Sie ist seit 2004 in Kraft und schreibt Mindeststeuersätze für nahezu alle Energieprodukte vor, so für Mineralöl, Strom, Erdgas und Kohle. Die EU ist weltweit die erste Region, die die Besteuerung von Energie zu einem wichtigen Bestandteil der Fiskalpolitik gemacht hat. Die Steuerhoheit liegt zwar bei den einzelnen Ländern, aber im Rahmen der Einigung auf die Richtlinie mussten sich die Staaten verpflichten, ihre Steuern in den nächsten Jahren auf ein Mindestniveau anzuheben. Frankreich und Italien beispielsweise mussten ihre Steuersätze auf Diesel, die sie vor rund fünf Jahren gesenkt hatten, bereits 2005 wieder erhöhen. Andere Staaten wie Griechenland oder Polen haben ebenfalls grossen Aufholbedarf.

In keinem der Länder mit langjährigen Erfahrungen konnten bis heute spürbare Nachteile für die Wirtschaft festgestellt werden. Dies unter anderem deshalb, weil fast überall parallel zur Einführung der Abgaben die Sozialversicherungsbeiträge und die Einkommenssteuern gesenkt wurden. Dafür ging, wie erwünscht, die Verwendung von umweltschädlichen Energieträgern zurück.

#### Tiefe Endverbraucherpreise in der Schweiz

Entscheidend für die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen und die Belastung der Konsumierenden ist der Endverbraucherpreis – inklusive aller Abgaben und der Mehrwertsteuer. Die zur Debatte stehende CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Heizöl wird die Schweizer Wirtschaft nicht merklich belasten. Dies zeigt ein Vergleich mit elf europäischen Nachbarländern, der auf den Preisen der letzten Maiwoche 2006 basiert\*\*:

Heute erhebt die Schweiz pro 1000 Liter Heizöl lediglich Abgaben in der Höhe rund 7 Franken (Mineralölsteuer, Pflichtlagerabgabe). Im nahen Ausland betragen die Abgaben 16 Franken (Luxemburg) bis 633 Franken (Italien). Hinzu kommt die Mehrwertsteuer, die in der Schweiz wesentlich tiefer ist als im benachbarten Ausland.

---

Mit der von der Kommission vorgeschlagenen maximalen Abgabe von 36 Franken pro Tonne CO<sub>2</sub>-Ausstoss würde der Ölpreis um 95 Franken pro 1000 Liter steigen. Selbst damit würde die Schweiz mit rund 910 Franken hinter Luxemburg immer noch die zweitiefsten Preise aufweisen. Wesentlich teurer ist Heizöl unter anderem in Holland, Dänemark, Schweden und Italien, wo 1000 Liter Heizöl zwischen 1400 und 1800 Franken kosten.

Ähnlich verhält es sich mit den Kosten für Benzin und Diesel: Selbst nach der Einführung des Klimarappens im letzten Herbst (1,5 Rappen pro Liter Benzin) weist die Schweiz im europäischen Vergleich die tiefsten Benzinpreise auf, beim Diesel liegt sie im Mittelfeld.

### **Den Werkplatz Schweiz stärken**

Wie oft in der Politik wird meist über die Nachteile debattiert. Energieintensive Betriebe und die Erdölbranche würden mit höheren Preisen konfrontiert, wird beklagt. Aber genau das ist ja der Zweck der Abgabe: Produzenten und Konsumenten dazu bringen, weniger Energie zu verbrauchen und weniger klimaschädliches CO<sub>2</sub> auszustossen. Auch andere Emissionen nähmen parallel dazu ab, zum Beispiel der Ausstoss an Feinstaub.

Eine Abgabe auf CO<sub>2</sub> brächte neben ökologischen auch ökonomische Vorteile, obwohl die Gegner dies beharrlich ignorieren. Denn die Abgabe lässt sich für eine aktive Arbeitsmarktpolitik nutzen: sie soll grösstenteils an Unternehmen und die Privathaushalte zurückerstattet werden. So werden Unternehmen pro eine Million Franken Lohnsumme rund tausend Franken erhalten. Die Lohnkosten würden um rund ein Promille gesenkt. Das ist zwar erst ein kleiner Anfang, der Vergleich mit Schweden zeigt: Im Zuge einer generellen Steuerreform verschiebt das Land seit 1991 die Steuerlast von den Einkommen und der Arbeit immer stärker auf den Energieverbrauch und auf CO<sub>2</sub>-Emissionen. Bis heute wurden sechs Prozent des gesamten schwedischen Steueraufkommens umgelagert. Im Inland erbrachte Arbeitsleistungen werden billiger, Energieimporte dagegen teurer.

In Ländern mit hohen Lohnkosten gibt es wohl kaum bessere Mittel, um die einheimische Wirtschaft zu stärken. Eigentlich erstaunlich, dass es die Abgabe so schwer hat im Nationalrat. Gibt es doch kaum eine Partei, die sich nicht der Förderung der einheimischen Wirtschaft verschrieben hätte.

\*Ion Karagounis ist Geschäftsleiter der Stiftung Praktischer Umweltschutz Schweiz Pusch

\*\*Umweltabgaben in der Schweiz und in Europa, Pusch 2006, Download unter [www.umweltschutz.ch](http://www.umweltschutz.ch)

---